

Bleiben die Schulzimmer bald wieder leer?

Virus-Mutationen Bereits sind mindestens fünf Fälle des veränderten Coronavirus in der Schweiz aufgetaucht. Mit einem europaweiten Lockdown und Schulschliessungen wollen Forscher die Mutation unter Kontrolle bringen.

BaZ, 28.12.2020

Beni Gafner und
Jacqueline Büchi

Seit Heiligabend ist die Schweiz im Blindflug. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) veröffentlichte über die Festtage keine Zahlen dazu, wie sich die Neuansteckungen mit dem Coronavirus entwickelt haben. Erst am Montag werden die Daten aktualisiert. Dann nimmt auch der Bundesrat die nächste Lagebeurteilung vor.

Bekannt ist allerdings, dass inzwischen auch hierzulande die ersten Fälle des mutierten Coronavirus aufgetreten sind: Mindestens drei Personen, die positiv getestet wurden, tragen das veränderte Virus in sich, das seinen Ursprung in Grossbritannien hat. In zwei weiteren Proben wurde die Corona-Variante aus Südafrika entdeckt, wie das BAG am Sonntagabend mitteilte. Die betroffenen Personen halten sich unter anderem in den Kantonen Zürich, Graubünden und Schwyz auf. Ihre Kontaktpersonen verteilen sich auf zahlreiche weitere Kantone.

Appell der Wissenschaftler

Wissenschaftler im In- und Ausland reagieren beunruhigt auf die Ausbreitung der Mutation. Zwar gibt es keine Hinweise darauf, dass das mutierte Virus schwerere Erkrankungen hervorruft als andere Varianten von Sars-CoV-2. Allerdings könnte es nach den bisherigen Informationen deutlich ansteckender sein. Für die Spitäler, die vielerorts ohnehin schon am Anschlag sind, bedeutete dies eine zusätzliche Belastung.

Britische Forscher stellen sich in einem am Mittwoch publizierten Papier auf den Standpunkt, das mutierte Virus könne nur unter Kontrolle gebracht werden, wenn neben den Universitäten auch die Schulen geschlossen würden.

Die Schweizer Science-Taskforce verlangte bereits am Freitag strengere Massnahmen zur Reduktion der Kontakte. Gar einen europaweit koordinierten Lockdown fordern rund



Leeres Schulzimmer: Die Schweizer Science-Taskforce verlangt strengere Massnahmen zur Reduktion der Kontakte. Foto: Keystone

350 Forscherinnen und Forscher in einem Appell, der in der medizinischen Fachzeitschrift «The Lancet» erschienen ist. Zu den Unterzeichnern gehören gemäss «NZZ am Sonntag» auch mehrere Wissenschaftler aus der Schweiz, darunter der ehemalige Taskforce-Chef Matthias Egger und die Genfer Virologin Isabella Eckerle.

Schulen im Fokus

Ob der Bundesrat den Empfehlungen folgt, ist offen. Das Bundesamt für Gesundheit hält sich auf Anfrage bedeckt.

Dagmar Rösler, die Präsidentin des Schweizer Lehrerverbands, sagt: «Wir haben immer gesagt, dass wir den Präsenzunterricht so lange wie möglich

aufrechterhalten wollen. Wenn die Fallzahlen nicht sinken und sich das mutierte Virus auch hierzulande ausbreiten sollte, müssen wir diese Einschätzung aber möglicherweise revidieren.»

In den meisten Kantonen geht der Unterricht, Stand heute, nach den Weihnachtsferien regulär wieder los – zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Nur wenige Kantone, darunter Nidwalden oder Solothurn, haben die Ferien für die Schülerinnen und Schüler verlängert oder starten für eine begrenzte Zeit im Fernunterricht, um zusätzliche Ansteckungen nach den Festtagen zu verhindern.

Rösler bedauert, dass man sich nicht auf eine landesweite Regelung einigen konnte. «Eine enge-

re Absprache wäre immer noch wünschenswert.» Die oberste Lehrerin geht allerdings ohnehin davon aus, dass die Lage in den kommenden Tagen noch einmal neu beurteilt wird. «Viele Kantone halten regelmässige Krisensitzungen ab und werden kurzfristig entscheiden, ob angesichts der neuen Entwicklungen Anpassungen nötig sind.»

Entscheid erst am Mittwoch

Eher kritisch steht Ruth Humbel, Präsidentin der nationalrätlichen Gesundheitskommission, Schulschliessungen gegenüber. Die Gefährlichkeit der Mutation sei noch nicht hinlänglich bekannt, so die CVP-Nationalrätin. Sie verweist zudem auf eine am Dienstag erschienene Studie aus

Zürich, die bekräftige, dass Schulen nicht zu den Corona-Herden zählten: «Politisch muss man deshalb gut abwägen zwischen gesellschaftlichen Schäden, den Kindern den Unterricht vorzuenthalten, und der Gefährlichkeit des Coronavirus.»

Guy Parmelin (SVP), der ab dem 1. Januar als Bundespräsident amtiert, schliesst neue Massnahmen wegen des veränderten Virus nicht aus, wie er in der «SonntagsZeitung» sagte. «Wir müssen die Situation weiter beobachten und nötigenfalls zusätzliche Massnahmen ergreifen.» Auch wenn der Bundesrat morgen eine Lagebeurteilung vornimmt – ein Entscheid ist voraussichtlich erst nach der Bundesratssitzung vom Mittwoch zu erwarten.

Briten aus Verbier verschwunden

Plötzlich ist ein Grossteil der Briten aus dem Walliser Skiort Verbier verschwunden. Nachdem der Bundesrat am vergangenen Montag für Einreisende aus Grossbritannien und Südafrika eine rückwirkende Quarantäne verhängt hatte, sind viele Betroffene in einer Nacht-und-Nebel-Aktion abgereist. «Viele von ihnen blieben einen Tag in Quarantäne, bevor sie unbemerkt im Schutz der Dunkelheit aufbrachen», sagte Jean-Marc Sandoz in der «SonntagsZeitung». Er ist Kommunikationsbeauftragter der Walliser Gemeinde Bagnes, zu der Verbier gehört.

Dass die Gäste gegangen waren, merkten die Hoteliers erst nach und nach, als ihre Anrufe in die Quarantänezimmer unbeantwortet blieben oder die vor den Zimmern deponierten Mahlzeiten unangetastet stehen blieben. Gemäss einer Umfrage unter den Hoteliers von Verbier waren am Samstag weniger als zehn von der Quarantäne Betroffene noch im Ort. Ursprünglich waren in Verbier rund 420 Personen gezählt worden, die von der Quarantänepflicht betroffen waren.

Wohin die Touristen abgereist sind, ist unklar – Flüge zwischen der Schweiz und Grossbritannien gibt es erst seit Donnerstag wieder. Einige Personen sollen sich inzwischen aus Frankreich gemeldet haben. Der Walliser Regierungspräsident Christophe Darbellay betonte gegenüber «20 Minuten», man könne durch ganz Europa reisen, ohne sich ausweisen zu müssen. Er wies den Vorwurf zurück, zu wenig unternommen zu haben, um die Quarantäne der Briten durchzusetzen. «Hoteliers, Verkehrsbüros, Wohnungsvermieter – sie alle wurden angeschrieben», so der CVP-Politiker. Kritik übte Darbellay seinerseits am Bundesamt für Gesundheit – es habe seinem Kanton die notwendigen Listen mit den Passagierdaten zu spät geliefert. (red/sda)